Morgen-Ausgabe. Nr. 391 — Donnerstag, 20. August 1936

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 2.50, durch Postbezug RM. 2.50 einschl. 49,7 Rpf. Postgeb. ohne Zustellungsgebühr) bei Selbstabholung monatlich RM. 2.00. Einzel-Nr. 10 Rpf., sonntags mit Sonntagsausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schöffenamtes Dresden, Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Anzeiger Nr. 4: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Sitzungsanz. 30 Rpf. — Nachtausgabe nur mit Gesamtausgabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Seeräubermethoden in Spanien:

Roter Kreuzer beschießt deutschen Dampfer

Unerhörter Uebergriff gegen Flüchtlingsschiff „Kamerun"

Berlin, 19. August.

Der deutsche Dampfer „Kamerun", der mit Bestimmungshafen Genua den Zwischenhafen Cadiz anlaufen wollte, um weisungsgemäß Flüchtlinge aufzunehmen, ist 7½ Meilen von der Küste entfernt von dem spanischen U-Boot „B 6" und dem spanischen Kreuzer „Libertad", beide zur Flotte der Regierung gehörig, durch drei Schüsse zum Stoppen gezwungen worden. Er wurde durch ein Prisenkommando durchsucht, nach der Durchsuchung zwar freigelassen, aber gezwungen, seinen Kurs zu ändern und Richtung auf das Mittelmeer zu nehmen.

Der Ueberfall auf den deutschen Dampfer „Kamerun" zeigt mit aller Deutlichkeit, wie weit die Dinge in Spanien bereits gediehen sind. Bolschewisierte Schiffsbesatzungen wagen es, wie eine Horde Seeräuber gegen ein deutsches Schiff vorzugehen, sie durchsuchen es und zwingen es dann, einen anderen Kurs als den zu nehmen, den es zur Erledigung seiner Reise einzuschlagen hat. Das ist ein ganz tolles Stück, das ist ein ganz grober Bruch des internationalen Rechts, und das Deutsche Reich ist selbstverständlich nicht gesonnen, eine solche Handlung ruhig hinzunehmen. Die spanische Regierung ist, wenn sie noch einen Rest von Anspruch darauf machen will, als eine Regierung zu gelten, verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Sicherheit der Meere und die Sicherheit der Schiffahrt nicht angetastet werden. Man wird es in jedem Staat mit geordneten Verhältnissen verstehen, daß das Deutsche Reich keine Lust hat, seine Schiffe der Willkür von Piratenhorden auszusetzen. Nur als solche kann man die Besatzungen der beiden spanischen Schiffe bezeichnen. Denn niemals würde die disziplinierte Mannschaft von Kriegsschiffen es wagen, harmlose, dem Passage- und Frachtverkehr dienende Dampfer auf hoher See anzuhalten, um sie einer Untersuchung zu unterziehen, die vielleicht gerechtfertigt sein kann, wenn Krieg herrschte. Deutschland lebt aber mit dem spanischen Staat in Frieden.

Das Reich hat eben erst seinen Willen, sich in die spanischen Wirren nicht einzumischen, bekundet, und trotzdem muß es jetzt die unerhörte Verletzung seiner Hoheit erleben, daß Kriegsschiffe, die im Dienste der spanischen Linksregierung stehen, die Unverschämtheit besitzen, einen deutschen Dampfer so zu behandeln, wie Freibeuter ein Beuteschiff behandeln. Das sind ganz unerhörte Uebergriffe, für die Deutschland nicht nur Genugtuung fordert, sondern vor allem auch erwartet, daß sie sich auf keinen Fall mehr wiederholen. Es geht das Deutsche Reich nichts an, wenn die Besatzung des Kreuzers „Libertad" ihre Offiziere ermordete und so zu erkennen gab, daß sie zu einem willigen Werkzeug bolschewistischer Hetzer geworden ist. Das Deutsche Reich erwartet von der spanischen Regierung, solange sie sich als solche bezeichnet, daß sie ihre militärischen Organe so in der Hand hat, daß diese nicht selbständige Zwischenfälle herbeiführen.

Es ist aber nicht nur dieser unerhörte Vorfall, der zeigt, wie weit der Bolschewismus schon Einfluß in Spanien gewonnen hat. Die Einmischung der Sowjetregierung in den spanischen Bürgerkrieg tritt jetzt ganz unverhüllt zutage. Man gibt sich in Moskau jetzt nicht mehr die Mühe, dieses Verhalten, das allen internationalen Gepflogenheiten ins Gesicht schlägt, noch zu tarnen.

Es muß zum Ausdruck gebracht werden, daß durch dieses Verhalten Sowjetrußlands eine ernste Lage geschaffen worden ist. Wie soll es möglich sein, zu einer Vereinbarung der europäischen Mächte über eine Nichteinmischung in den spanischen Bürgerkrieg zu gelangen, wenn von Moskau aus von Anfang an alle Bemühungen in dieser Richtung sabotiert werden, wenn Sowjetrußland sich durch nichts davon abhalten läßt, das Vorgehen der spanischen Linkselemente zu seinem eigenen zu machen. Das Deutsche Reich hält an dem Prinzip der Nichteinmischung fest. Es muß dabei aber der Erwartung Ausdruck geben, daß sich auch andere Staaten zum gleichen Prinzip bekennen.

Moskau funkt: „Tötet die Priester!"

Die Blutschuld der Kommunisten in Spanien

Ein Sonderkorrespondent berichtet in der „Daily Mail" vom 18. d. M. unter der Ueberschrift „Moskau funkt: Tötet alle Priester!": Erstaunliche Beiträge zum Beweis für die Anstiftung des roten Terrors in Spanien durch Moskau wurden gestern in der spanischen Rundfunksendung von der Sowjet-Komintern-Station geliefert. Der offenkundig nicht spanische Ansager erklärte, die Zentralexekutive der kommunistischen Internationale in Moskau sei erfreut, zu erfahren, daß die spanische Sektion den Anweisungen Folge leiste und den „faschistischen Rebellen" gegenüber keine Gnade zeige. Er erklärte dann weiter, daß „der Kampf in Spanien seinen Höhepunkt noch nicht erreicht habe, und daß außer den üblichen militärischen Maßregeln die unbarmherzige Ausrottung aller monarchistischen Priester und anderer Verbündeter der faschistischen Rebellen höchst notwendig sei und ununterbrochen fortgesetzt werden müsse."

Der Ansager kündete ferner an, daß der Zentralausschuß auf einer Sondersitzung bestimmt habe, die Geldsammlungen in Sowjetrußland zu beschleunigen und alle Sektionen in der ganzen Welt anzuweisen, dem Beispiel der Sowjetunion zu folgen, wo täglich Millionen von Rubeln von den Arbeitern zur Hilfe für den spanischen Kampf beigesteuert würden.

Durch Rundfunk verbreitete Ansichten sowjetrussischer Militärsachverständiger über die Lage liehen der „Daily Mail" zufolge erkennen, daß Moskau über das Schicksal von Madrid besorgt sei. Zum ersten Male hätten die Sowjets offen Befürchtungen wegen eines Sieges der Nationalisten zugegeben.

•

Sowjetrußlands Blutschuld in Spanien bildet schon jetzt eines der trübsten Kapitel in der Geschichte der Nachkriegszeit. Die auf bolschewistische Anstiftung hin auf der Pyrenäenhalbinsel begangenen Greuel sind nur denen vergleichbar, die in Sowjetrußland selbst begangen wurden, wo sie in den Wirren der Revolutionskämpfe die größten Ausmaße erreichten, aber auch später bis auf den heutigen Tag immer wieder in Erscheinung traten. Die Untaten in Spanien haben dieselbe Wurzel. Ja, vielfach sind unmittelbar dieselben Personen die Urheber. Doch nicht nur die oben wiedergegebene Meldung zeigt, wie aktiv Sowjetrußland in Spanien eingreift. Längst betätigen sich sowjetrussische Offiziere in der Luftwaffe der Madrider roten Regierung; Sowjetrussen waren an den Landungsmanövern auf Mallorka beteiligt, und auf dem Wege über Frankreich oder zu Schiff fließen den Rotgardisten Spaniens Waffen, Munition und Mittel zu. Es ist ein unüberbietbarer blutiger Hohn, daß dasselbe Sowjetrußland, das Spanien reif gemacht hat zu den unmenschlichsten Verbrechen, im gleichen Augenblick, in dem der Sowjetsender funkt „Tötet alle Priester!", seine Bereitschaft ankündigt, an dem Nichteinmischungspakt teilzunehmen. Die Welt sollte erkennen, was sie davon zu halten hat. Geiselmorde, Greuel und Brand künden jedem Einsichtigen aufs neue, wer der Feind der Menschheit und der Menschlichkeit ist. Wann hören Kulturnationen auf, mit ihm zu paktieren?

Die Maske fällt: Bolschewismus in Barcelona

Katalanische Regierung erläßt Wirtschaftsmaßnahmen nach sowjetrussischem Vorbild

Barcelona, 19. August.

Die Katalanische Regierung hat eine Verordnung erlassen, durch die die Wirtschaft Kataloniens auf eine völlig neue Grundlage gestellt wird.

Die einschneidenden Bestimmungen dieser Verordnung sehen unter anderem die Errichtung eines Außenhandelsmonopols vor, um einen schädigenden Einfluß von außen auf die neue Wirtschaftsform zu vermeiden.

Besonders wichtig ist ferner die Bestimmung, durch die die großen landwirtschaftlichen Güter kollektiviert und durch die Landarbeitersyndikate mit Unterstützung der Regierung bewirtschaftet werden sollen. Die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe sollen gemeinsame zu Syndikaten zusammengefaßt werden. Das Wirtschaftsdekret ordnet weiter die Vergesellschaftung der großen Industriebetriebe der öffentlichen Unternehmungen und Transportgesellschaften an. Eine weitere Bestimmung legt die Beschlagnahme und Verwaltung aller von ihren Eigentümern verlassenen Betriebe vor. Diejenigen Unternehmungen, die ihren privatwirtschaftlichen Charakter beibehalten dürfen, sollen der Kontrolle durch die Gewerkschaften unterstellt werden.

„Ungelernt"

Beinahe untergegangen ist inmitten der Geschehnisse der letzten Wochen der große Erfolg der Wirtschaftsbelebung des abgelaufenen Monats. Die Zahl der Erwerbslosen beträgt nur noch 1170000 Köpfe. Sie ist somit unter die tiefste Zahl des Jahres 1929 um mehr als hunderttausend gesunken. Auch wenn man in Anrechnung bringt, daß Hunderttausende von jungen Leuten durch Ableistung ihrer Wehr- und Arbeitsdienstpflicht eine zusätzliche Entlastung des Heeres der Arbeitslosen bewirken, so bleibt die große Leistung der Arbeitsbeschaffungspolitik des neuen Deutschlands im Vergleich zu dem Höchststand der deutschen Konjunktur vor Ausbruch der großen Krise bestehen. Denn der damalige Erfolg begründete sich auf zwei Umstände, die sich mittlerweile als fragwürdig und gefährlich erwiesen haben. Das eine war eine Weltwirtschaftsbelebung als verspätete Folge der Versäumnisse des Weltkrieges, wie sie nie wiederkehren wird. Das andere waren die bedenkenlos aufgenommenen Milliardensummen aus dem Ausland, die uns zunächst die bekannte trügerische Blüte vorzauberten, bis die Kredite sich schließlich als das gefährlichste Bleigewicht am deutschen Wirtschaftskörper erwiesen, unter dem wir heute noch zu leiden haben. Der heutige Erfolg der Wirtschaftsbelebung ist nicht durch fremde Einflüsse begünstigt worden. Im Gegenteil, er ist erkämpft worden trotz der immer noch allzu geringen Möglichkeiten zu gewinnbringendem weltwirtschaftlichen Warenaustausch. Um so anerkennenswerter ist besonders in diesem Jahre das gleichmäßige Tempo, mit dem sich der Aufstieg fortsetzt. Es war naturgemäß leichter, die Arbeitslosenziffer von sechs auf fünf und vier Millionen herunterzudrücken, als von den nunmehr verbliebenen restlichen 1,8 Millionen schließlich innerhalb eines Monats wiederum mehr als hunderttausend der Arbeit zuzuführen. Denn wir wissen ja, daß in einer großen Volkswirtschaft, wie der deutschen, mit ihren ungeheuer mannigfachen Berufen und ihren örtlichen Unterschieden es stets eine erhebliche Zahl von Kräften geben muß, die zwar als „arbeitslos" gerade von der Statistik erfaßt werden, aber diese Bezeichnung nicht in dem Sinne verdienen, wie die Millionenheere der Krisenzeit. Das sind vor allem die Hunderttausende, die gerade von einer Stelle zur anderen übergehen. Je stärker die Wirtschaftsbelebung ist, um so größer ist dieser örtliche Austausch der Arbeitskräfte. Und schließlich kommt bekanntlich die große Zahl derer hinzu, die aus Gründen des Alters und der verminderten Gesundheit nicht mehr als vollwertige Arbeitskräfte gelten, aber sich immer noch um einen Arbeitsplatz bemühen und so auch in der Arbeitslosenstatistik erscheinen.

Neben diesen beiden Gruppen, die man als „unechte" Arbeitslose bezeichnen kann, gibt es noch eine große Gruppe von Arbeitslosen, die „ungelernten" Arbeiter. Dieser Tage erst hat die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung festgestellt, daß fast die Hälfte aller Erwerbslosen auf diese Gruppe entfallen. Sie ragt mit 409 000 Köpfen weit über die Zahl der Erwerbslosen in den gelernten Berufen der übrigen 28 Gruppen hinaus, die stellenweise nur noch wenige Zehntausende von Erwerbslosen umfassen. Dieser Unterschied zwischen gelernter und ungelernter Arbeit wird noch um so deutlicher, wenn man beachtet, daß auch in den Berufsgruppen, die eine verhältnismäßig hohe Erwerbslosenziffer aufweisen, sich zahlreiche Arbeitskräfte befinden, die nur als „angelernt" zu gelten haben. Das gilt von den großen Gruppen der Metallindustrie, des Bergbaues und des Verkehrsgewerbes. Wenn also die Arbeitslosenfrage zum größten Teil heute die Gruppe der Ungelernten betrifft, so ergibt sich daraus deutlich genug der Wert einer geordneten Berufsausbildung für die heranwachsende Jugend. Sie wird deshalb auch von den für die Arbeitsvermittlung zuständigen Behörden und von der Deutschen Arbeitsfront nach Kräften angestrebt unter dem Leitgedanken, daß kein Jugendlicher mehr ohne eine geordnete Lehre ins Leben hinaustreten soll. Für die Sicherung des Nachwuchses unserer hochwertigen und in der ganzen Welt gerühmten Qualitätsarbeiterschaft kommt hierbei dem Reichsberufswettkampf der deutschen Jugend größte Bedeutung zu. Aber für alle Ungelernten, die über das jugendliche Alter hinausgewachsen sind, bleibt die besondere Schwierigkeit ihrer wirtschaftlichen Lebenssicherung bestehen.

Wenn somit heute die Arbeitsbeschaffung zu einem großen Teil zu einer Frage der Betreuung der Ungelernten geworden ist, so darf diese Tatsache nicht dazu verleiten, in großen Teilen dieser Berufsgruppe etwa charakterschwache und leistungsunfähige Menschen zu sehen. Ein näherer Blick ergibt vielmehr, daß sich unter diesem Sammelbegriff mannigfache Schicksale verbergen. Viele von ihnen haben durchaus eine geordnete Lehre in einem Handwerk hinter sich, sind aber dann durch die Krisenjahre unverschuldet ihrem